



KOMMENTAR

Gut versteckt ist halb gewonnen. Warum die Politik das Sommerloch liebt

Endlich Sommerferien! Kinder und Erwachsene in ganz Europa freuen sich auf Erholung, Strandferien und ein bisschen Ruhe vom Alltag. Währenddessen zelebrieren die Medien das Sommerloch, denn schliesslich passiert ja nicht viel in der Welt.

Andere aber, die freuen sich aus einem ganz anderen Grund auf die Ferienzeit. Die Rede ist von Parlamenten, Regierenden und Kommissionsangehörigen in



unserem Land, aber auch und insbesondere in Europa. Schliesslich ist die Sommerpause der anderen der absolut perfekte Zeitpunkt, unliebsame, unpopuläre oder auch mal unfertige Gesetze und Verordnungen rasch durch die unergründlichen Wege der Demokratie und an der öffentlichen Aufmerksamkeit vorbei zu schleusen.

Genau auf diese Strategie setzt auch die EU-Kommission und versucht ihr neues Klimapaket «Fit for 55» möglichst ohne grosses Aufsehen in Kraft zu setzen. Dass dieser Plan nur so halb aufgegangen ist, verdanken wir zwei Gruppen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die sich in den vergangenen Wochen mit offenen Briefen an die Kommission gewandt und damit einiges an Medienecho ausgelöst haben. Im Fokus der Forschenden: die neue Verordnung zu den Flottenemissionsgrenzwerten – der nächste Angriff auf jedes Fahrzeug ohne batterieelektrischen Antrieb.

Harsche Kritik gibt es vor allem an der methodischen Ungleichbehandlung der verschiedenen Fahrzeugtechnologien. Insbesondere die Batteriefahrzeuge können nach wie vor als Null-Emissionsfahrzeuge in der Statistik geführt werden, obwohl in den meisten europäischen Ländern der Strom mehr kohlebraun denn windgrün ist. Gleichzeitig werden alternative, nachhaltige Treibstoffe geflissent-

lich ignoriert. Die Verordnung ist ein entlarvendes Dokument und Ausdruck einer arbiträren und opportunistischen Politik, welche genau deswegen am Ende ohne Wirkung bleiben wird.

Entsprechend logisch sind deshalb die Forderungen der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich direkt auf die Schweiz übertragen lassen. Die Emissionsvorschriften für Fahrzeuge müssen technologieneutral gestaltet werden.

Dazu sind laut den Verfasserinnen und Verfassern anstelle uneinheitlicher Methoden drei Grundsätze anzuwenden: Erstens müssen alle Massnahmen zu real messbaren Reduktionen führen. Zweitens dürfen aus den Vorschriften keine CO₂-Exporte in andere Länder entstehen. Drittens müssen neue Massnahmen schnell und global anwendbar sein.

Wer weiss, vielleicht wäre die EU-Kommission gut damit beraten, für ein paar Wochen ihre Brüsseler Büros zu schliessen, sich ebenfalls eine Sommerauszeit zu gönnen und danach mit klarem Kopf an einer tatsächlich umsetzbaren, unbürokratischen und tatsächlich wirksamen Klimapolitik zu arbeiten.

Fabian Bilger

Stv. Geschäftsführer Avenergy Suisse,
Kommentar in Zusammenarbeit mit
Avenergy Suisse, dem Branchenverband der Importeure,
Hersteller und Vertrieber flüssiger Treibstoffe in der Schweiz